Abstract für Momentum 2017, Track #8

Was bringt die einseitige Exportorientierung?

Georg.feigl@akwien.at

Kurz-Abstract:

In vielen wirtschaftspolitischen Debatten taucht der Glaubenssatz auf, volkswirtschaftlicher Erfolg wäre gleichzusetzen mit Exportzuwächsen. Deshalb gälte es die Exportorientierung zu stärken – notfalls auch gegen die ökonomischen Interessen der Mehrheit. Diese „Logik" funktioniert jedoch nur so lange wirtschaftliche Zusammenhänge außer Acht gelassen werden. Für eine gut funktionierende Wirtschaft ist nämlich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage entscheidend, nicht nur der Export. Da 2016 von 10 Euro aber fast 9 im EU-Binnenmarkt lukriert wurden und nur gut 1 Euro im Export, wäre eine koordinierte Steigerung der Binnennachfrage sehr viel lohnender als die einäugige Exportorientierung.

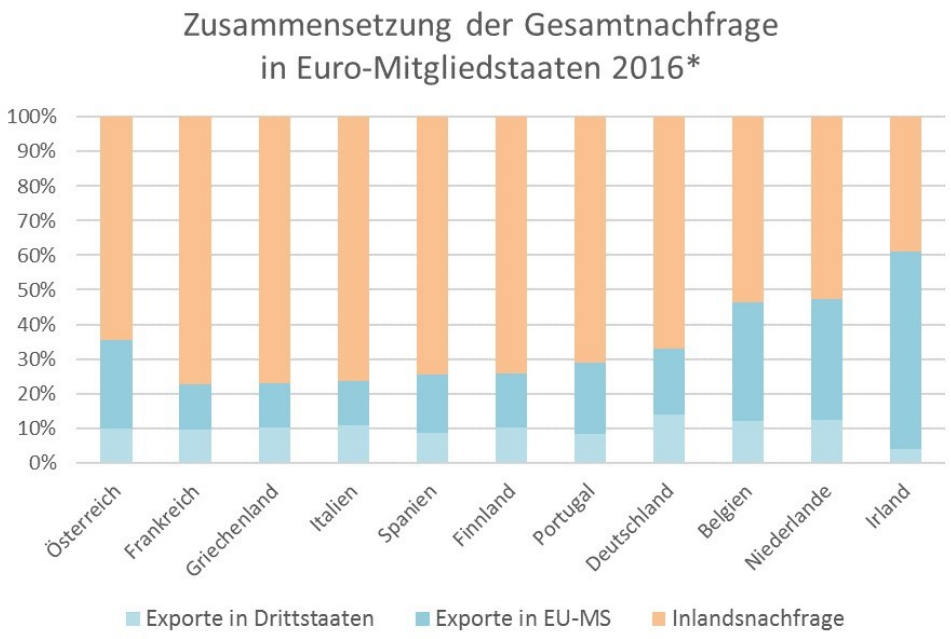
Ausführlicheres Abstract

Seit nunmehr einem Viertel-Jahrhundert wird wirtschaftspolitisch das Mantra der zu steigernden Wettbewerbsfähigkeit gepredigt. Mit der neuen Schwerpunktsetzung ging eine fortschreitende Umverteilung von Lohn- zu Gewinneinkommen einher. Verschärfend kommt aktuell hinzu, dass eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als das Nonplusultra zur Bewältigung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise propagiert wird.

Grundproblem der Politik der Wettbewerbs- bzw. Exportorientierung ist die Übertragung unternehmerischer Logiken auf ganze Nationalstaaten. Bereits 1994 argumentierte der nunmehrige Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman als Kritik am Weißbuch der EU-Kommission, dass nicht Nationen, sondern nur Unternehmen auf spezifischen Märkten in einem wirtschaftlichen Wettbewerb stehen. „Die Wettbewerbsfähigkeit" als wirtschaftspolitisches Konzept zur Bekämpfung der Wachstums- und Beschäftigungsschwäche stelle eine „gefährliche Obsession" dar, die zu falschen Ableitungen führe. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik solle vielmehr die Entwicklung des materiellen Lebensstandards (bzw. breiter des Wohlstands) stehen, der v.a. davon abhängt, wie viel produziert wird – ob die Produkte dann im Inland oder im Ausland abgesetzt werden, sei sekundär.

Die vorherrschende Engführung der Diskussionen über „die" Globalisierung trägt zur Annahme bei, dass die Exporte bereits die wichtigste Nachfragekategorie darstellen. Scheinbar bestätigt wird diese Annahme durch verkürzte Aussagen wie „sechs von zehn Euro werden [in Österreich] im Export verdient". Dass diese Verkürzung einer absurden „Logik" folgt, zeigt sich am Beispiel Luxemburg, das demnach sogar mehr als 2 von 1 Euro im Export verdienen würde. Diese wundersame Geldvermehrung gibt es natürlich nicht. Sie ist jedoch das Ergebnis, wenn man die gängigste Exportquote – Exporte in Prozent des BIP – mit dem Hausverstand (BIP/Wirtschaftsleistung = „volkswirtschaftliches Verdienen") kombiniert. Dabei wird aber übersehen, dass nicht die Exporte insgesamt, sondern nur der Saldo aus Exporten und Importen ins BIP eingeht. Die BIP-Exportquote ist damit nicht aussagekräftig und könnte etwa auch dadurch gesteigert werden, dass dasselbe Gut importiert und zum selben Preis sofort wieder exportiert wird.

Wie viel volkswirtschaftlich „verdient" wird, also wie hoch der inländische Wertschöpfungsanteil bei den Exporten ist, wird leider nicht regelmäßig erhoben. Relativ einfach zu berechnen ist jedoch der Anteil der exportierten Güter und Dienstleistungen an der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage, die neben den Exporten auch den Inlandskonsum sowie die Inlandsinvestitionen umfasst. Betrachtet man nun diese echten Quoten, ist es wenig verständlich, warum die Inlandsnachfrage in der wirtschaftspolitischen Debatte weit weniger Aufmerksamkeit erhält als die Exporte:



*Quelle: EU-Kommission (AMECO-Datenbank Mai 2017), eigene Berechnungen. *Abgebildet werden alle Euro-Mitgliedstaaten, die mind. 1 % zur Wirtschaftsleistung der Eurozone insgesamt beitragen. Für die Berechnungen wird angenommen, dass die Dienstleistungsexporte sowie statistische Differenzen in den Exportstatistiken geographisch so verteilt sind wie die Güterexporte.*

In Österreich werden also nicht 6 von 10 Euro im Export verdient – es wird lediglich jeder dritte Euro im Ausland lukriert (wovon wiederum über zwei Drittel auf andere EU-Staaten – insbesondere Deutschland – entfallen). Das ist mehr als in den meisten anderen Mitgliedern der Eurozone, aber weniger als in Belgien und den Niederlanden; Und deutlich weniger als im Falle der irischen Volkswirtschaft, deren – durch ihr Dasein als Steuersumpf verzerrte – Daten allerdings die tatsächliche wirtschaftliche Aktivität nur mehr bedingt widerspiegeln.

Noch viel unlogischer ist die einseitige Exportorientierung aber für die europäische Wirtschaftspolitik. Nachdem in allen EU-Mitgliedsstaaten der überwiegende Teil der Ausfuhren in andere EU-Staaten geht, ist die Exportquote der EU insgesamt sehr viel geringer als in den einzelnen Mitgliedstaaten (auch wenn sie gegenüber der Jahrtausendwende um etwa die Hälfte gestiegen ist). 2016 entfielen 88,9 % der Gesamtnachfrage nach europäischen Gütern und Dienstleistungen auf die EU selbst – und damit nur 11,1 % auf Drittstaaten. Diese geringe Außenabhängigkeit zeigt das enorme politische Potenzial des EU-Binnenmarktes. Werden die einzelnen Nationalstaaten nicht mehr als den globalen Spielregeln ausgelieferte Konkurrenten im internationalen Wettbewerb adressiert, ergeben sich neue Gestaltungsmöglichkeiten durch Kooperation bei ähnlich gelagerten Interessen.

Anstelle der einseitigen Exportorientierung ist eine aktivere Steuerung der Gesamtnachfrage gefragt – insbesondere mittels expansiver Budget- (zB goldene Investitionsregel) und Lohnpolitik (zB EGB-Kampagne „Europe needs a payrise“). Diese Nachfrageförderung sollte eingebettet werden in ein breiteres Konzept der – in den europäischen Verträgen als übergeordnetes wirtschaftspolitisches Ziel verankerte – Wohlstandsorientierung. Die Krise hat gezeigt, dass sozial- und wirtschaftspolitische Konvergenz und eine stabile wohlstandsorientierte Entwicklung keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern eine aktive sozial- und wirtschaftspolitische Koordinierung bzw. eine Europäische Sozialunion erfordern.

Da die EU der Zusammenschluss mit der größten Nachfrage der Welt ist, ist sie fernab davon, dem verstärkten internationalen Wettbewerbsdruck machtlos ausgeliefert zu sein; vielmehr könnte sie der wichtigste Akteur bei der progressiven Gestaltung der Globalisierung werden. Als Einstiegsprojekt würde sich aktuell etwa der internationale Kampf zur Sicherstellung einer angemessenen Steuerleistung von multinationalen Konzernen und MultimillionärInnen anbieten.